Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner fraktionslos

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales und Integration

**Potenzielle und verwendete nicht-pharmakologische
Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche nicht-pharmakologischen Maßnahmen stehen bei der Bewältigung der Coronapandemie prinzipiell zur Verfügung und welche werden im Land Baden-Württemberg angewendet?
2. Welche Evidenz liegt für die einzelnen Maßnahmen vor, dass diese eine Übertragung von Corona zu reduzieren vermögen?
3. Welche nicht-pharmakologischen Maßnahmen wurden bei der Corona-Pandemie angewendet, aber später aus bestimmten Gründen wieder ausgesetzt unter Darlegung der Gründe?
4. Welche Aspekte (über die Effektivität hinaus) sind für Entscheidungen zu berücksichtigen, um bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder zu empfehlen?
5. Werden die nicht-pharmakologischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung – im Sinne des beabsichtigten Ziels – und ihrer Folgen – auch hinsichtlich Nebenwirkungen, Aufwand-Nutzen-Betrachtungen, aufgetretenen Problemen (z. B. ethisch, sozial) – überprüft und wenn ja, in welchen Abständen und anhand von welchen Daten bzw. wenn nein, aus welchen Gründen und inwiefern werden bei getroffenen Maßnahmen dann noch Verhältnismäßigkeitsprüfungen durchgeführt und auf welcher Erkenntnislage?

6. Werden die Überprüfungen der nicht-pharmakologischen Maßnahmen (siehe Frage 5) dokumentiert und wie sind die Ergebnisse (bitte mit Benennung der Verwaltungsvorgänge bzw. der Aktenzeichen sowie der beteiligten Behörden sowie der federführenden Behörde)?

15.10.2020

Dr. Fiechtner fraktionslos

Begründung

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Auswirkungen der Maskenpflicht für die Bürger des Landes Baden-Württemberg“ Drucksache 16/8656 war aus Sicht des Fragestellers unzureichend hinsichtlich des Fehlens eines regierungsinternen Dokuments als Entscheidungs- bzw. Diskussionsgrundlage hinsichtlich der Erörterung einer Maskenpflicht für das Land Baden-Württemberg, also die Betrachtung der Vor- und Nachteile sowie die Auswirkungen und zeitlichen Folgen durch eine allgemeinverbindliche Maskenpflicht (einer nicht-pharmakologischen Maßnahme) für die Bürger unseres Landes.

Die Bewertung der getroffenen Maßnahmen und die Prüfung hinsichtlich des beabsichtigten und bewirkten Ergebnisses ist elementare Voraussetzung für eine etwaige Aufrechterhaltung (oder Aufhebung) von tiefgreifenden Einschnitten in die Grundrechte unserer Bürger zum Schutze vor Corona. Aufgrund der Komplexität des Themas und der gegebenen Antworten der Landesregierung ergeben sich daher weitere Fragen.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2020 Nr. 51-0141.5-016/9056 beantwortet das Ministerium für Soziales und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche nicht-pharmakologischen Maßnahmen stehen bei der Bewältigung der Coronapandemie prinzipiell zur Verfügung und welche werden im Land Baden-Württemberg angewendet?*

Zur Bewältigung der Corona-Pandemie stehen prinzipiell einfache Maßnahmen wie z.B. das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung oder eines Mund-Nasen-Schutzes, die Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1,5 Metern zu weiteren Personen, regelmäßige Quer- oder Stoßlüftung zur Reduzierung potentiell virus-haltiger Aerosole in Innenräumen und insbesondere im klinischen/pflegerischen Bereich die Verwendung persönlicher Schutzausrüstung bestehend aus Schutzkitel, Schutzbrille, Einweghandschuhen und Mund-Nasen-Schutz zur Verfügung.

Zudem ist ein wichtiger Eckpfeiler zur Eindämmung der Ausbreitung von SARS-CoV-2 der zielgerichtete diagnostische Nachweis von SARS-CoV-2, um infizierte Personen zu erkennen sowie die Nachverfolgung von Kontaktpersonen laborbestätigter COVID-19-Fälle durch die zuständigen Gesundheitsämter, um Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Weitere nicht-pharmakologische Maßnahmen sind Public-Health-Maßnahmen wie beispielsweise Schulschließungen, Ausgangsbeschränkungen, Heimquarantäne, soziale Distanzierung, Absage und Verbot von Veranstaltungen, Geschäftsschließungen und Empfehlungen oder Verordnungen von Hygienestandards wie z. B. häufiges Händewaschen und Desinfizieren sowie bei von Publikumsverkehr betroffenen Einrichtungen eine bereitzustellende Infrastruktur nebst einfachbaulichen Maßnahmen wie z. B. Hygieneschutzwänden.

Die in Baden-Württemberg eingesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von SARS-CoV-2 sind in der Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) sowie in den aktuell gültigen Einzelverordnungen für verschiedene Bereiche geregelt.

2. Welche Evidenz liegt für die einzelnen Maßnahmen vor, dass diese eine Übertragung von Corona zu reduzieren vermögen?

Seit Beginn der Corona-Pandemie wird weltweit intensiv an SARS-CoV-2 geforscht und es konnten bereits entscheidende Erkenntnisse gewonnen werden. Neben der Forschung an Impfstoffen sowie Wirkstoffen zur Behandlung einer COVID-19-Erkrankung gibt es auch zahlreiche Forschungsprojekte zur Wirksamkeit von nicht-pharmakologischen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von SARS-CoV-2.

Generell bezieht sich die Landesregierung in Bezug auf Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und orientiert sich unter anderem an Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nach aktuellen Erkenntnissen und Empfehlungen ist insbesondere eine Kombination verschiedener Maßnahmen notwendig, um eine effektive Eindämmung der Übertragung von SARS-CoV-2 zu erreichen.

Es gibt klare wissenschaftliche Evidenzen, dass der Hauptübertragungsweg für SARS-CoV-2 primär über die respiratorische Aufnahme virushaltiger Partikel erfolgt, die beim Atmen, Husten, Sprechen, Singen und Niesen entstehen. In diesem Zusammenhang zeigen zahlreiche Studien, dass größere Tröpfchen nach kurzer Zeit in einem Abstand von 1 bis 2 Metern zu Boden fallen. Eine deutliche Reduzierung des Ansteckungsrisikos kann insofern durch die Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1,5 Metern erreicht werden.

Ebenfalls zeigen zahlreiche Studien die Wirksamkeit von Mund-Nasen-Bedeckungen zur Reduzierung des Infektionsrisikos mit SARS-CoV-2. Durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wird u. a. die Geschwindigkeit der Ausatemluft reduziert sowie eine Filterwirkung auf Tröpfchen verschiedener Größe der Ausatemluft erreicht. Aktuelle Studien zeigen zudem, dass die Filterwirkung einer Mund-Nasen-Bedeckung auch den Träger bzw. die Trägerin in gewissem Maß vor einer Inhalation respiratorischer Tröpfchen schützt. Eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Evidenzen in Bezug auf Mund-Nasen-Bedeckungen wird von der Behörde Centers for Disease and Control (CDC) veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert (<https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/more/masking-science-sars-cov2.html>).

In Bezug auf die Thematik Reduzierung des Infektionsrisikos durch virushaltige Aerosole in Innenräumen wie z. B. der Austausch von Innenraumluft durch Quer- oder Stoßlüftung wurde eine multidisziplinäre Expertenrunde unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung, sowie aus der Anwendungspraxis einberufen. In diesem Expertenkreis werden wissenschaftliche Studien und Forschungsdaten zusammengetragen auf deren Grundlage Empfehlungen und Maßnahmen zur Reduzierung des Infektionsrisikos mit SARS-CoV-2 in Innenräumen abgeleitet werden.

Aufgrund der Neuartigkeit von SARS-CoV-2 und der großen Komplexität einer Maßnahmen-Wirkung-Beziehung gibt es derzeit nicht für jeden Forschungsbereich abschließende wissenschaftliche Studienevidenzen. Generell können jedoch Erfahrungswerte und Studien zu anderen respiratorischen Infektionserregern aus der Vergangenheit herangezogen werden, um eine Übertragbarkeit dieser Erkenntnisse auf die aktuelle Situation zu prüfen. Die Cochrane Library enthält hier-

zu eine große Anzahl an Studienergebnissen. Die Cochrane Library ist die Online-Bibliothek der internationalen Organisation Cochrane. Sie umfasst drei wissenschaftliche Datenbanken, die wissenschaftliche Evidenz zu Fragestellungen aus allen Bereichen der Gesundheitsversorgung sowie zu methodischen Aspekten der evidenzbasierten Medizin bzw. evidenzbasierten Gesundheitsversorgung enthalten.

3. Welche nicht-pharmakologischen Maßnahmen wurden bei der Corona-Pandemie angewendet, aber später aus bestimmten Gründen wieder ausgesetzt unter Darlegung der Gründe?

Die nicht-pharmakologische Maßnahme der Schulschließung wurde angewendet und gehört derzeit nicht zu den ergriffenen Maßnahmen. Sie wurde ausgesetzt, da einerseits dem Recht auf Bildung ein hoher Stellenwert beizumessen ist, das durch Fernunterricht nicht von allen Schülerinnen und Schülern in gleichem Maße wahrgenommen werden kann und andererseits inzwischen die Verfügbarkeit von Schnelltestverfahren wie beispielsweise Antigen-Tests zum Nachweis einer akuten Infektion mit SARS-CoV-2 die Isolation von Virusträgern effektiv ermöglicht. Auswertungen von Infektionszahlen zeigen zudem, dass die Ansteckung bei dem Großteil der infizierten Kinder und Jugendlichen nicht in der Schule erfolgt ist, sondern außerhalb des Schulbetriebs. Nach aktuellen Erkenntnissen werden Kinder und Jugendliche nicht als Treibende der Pandemie angesehen.

4. Welche Aspekte (über die Effektivität hinaus) sind für Entscheidungen zu berücksichtigen, um bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder zu empfehlen?

Es werden für die Entscheidungen über bestimmte Maßnahmen die Abwägung der Auswirkungen auf alle verfassungsrechtlich geschützten Güter und deren Verhältnismäßigkeit unter Beachtung aktuellster wissenschaftlicher Erkenntnisse berücksichtigt.

5. Werden die nicht-pharmakologischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung – im Sinne des beabsichtigten Ziels – und ihrer Folgen – auch hinsichtlich Nebenwirkungen, Aufwand-Nutzen-Betrachtungen, aufgetretenen Problemen (z. B. ethisch, sozial) – überprüft und wenn ja, in welchen Abständen und anhand von welchen Daten bzw. wenn nein, aus welchen Gründen und inwiefern werden bei getroffenen Maßnahmen dann noch Verhältnismäßigkeitsprüfungen durchgeführt und auf welcher Erkenntnislage?

Die nicht-pharmakologischen Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Wirkung entsprechend der national als auch international verfügbaren Informationsgrundlagen überprüft. Dies erfolgt fortlaufend und zeitnah in den Corona-Stäben des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg anhand aktuellster Zahlen und Erkenntnisse. Die Quellen hierbei sind mannigfaltig und stützen sich medizinisch z. B. auf Berichte der WHO, des RKI aber auch auf Statistiken der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung und der Unternehmen. Allgemein liegt die Erkenntnis vor, dass sich Erfahrungswerte aus anderen Pandemiebeobachtungen nur schwer auf die Corona-Pandemie übertragen lassen. Dennoch werden alle habhaften Informationen berücksichtigt und ausgewertet, die Erfahrungen der vergangenen Wochen analysiert und für weitere Entscheidungen oder Empfehlungen berücksichtigt. Der Umgang mit dieser außergewöhnlichen Situation ist ein lernendes System, bei dem sich alle Akteure der besonderen Verantwortung gegenüber des Lebens, der Gesundheit, Freiheit und nicht zuletzt des wirtschaftlichen Wohlstands der Bevölkerung auch über die Grenzen hinweg bewusst sind.

6. Werden die Überprüfungen der nicht-pharmakologischen Maßnahmen (siehe Frage 5) dokumentiert und wie sind die Ergebnisse (bitte mit Benennung der Verwaltungsvorgänge bzw. der Aktenzeichen sowie der beteiligten Behörden sowie der federführenden Behörde)?

Die Überprüfung der nicht-pharmakologischen Maßnahmen wird nicht dokumentiert. Demnach existieren keine Verwaltungsvorgänge bzw. Aktenzeichen über die Ergebnisse.

Lucha

Minister für Soziales
und Integration